

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 04.10.2000 19.30 Uhr

## **Keine Sicherheit zum halben Preis**

**Referat**

von

**Bundespräsident Adolf Ogi**

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für  
Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

vor dem

Freisinnigen Presseverband

im

Restaurant zum Äusseren Stand, Bern



## Die Umverteilungsinitiative



Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:  
Art. 26 (neu)

<sup>1</sup>Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

<sup>2</sup>Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind.

<sup>3</sup>Ein Drittel der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit).

<sup>4</sup>Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund eröffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken.

Am 26. November entscheiden wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine wichtige Frage:

Wollen wir die Ausgaben für die Landesverteidigung – das ist die Armee, der Zivilschutz und die wirtschaftliche Landesversorgung - halbieren und in der Verfassung festschreiben?

Die sogenannte Umverteilungsinitiative verfolgt dieses Ziel. Innerhalb von 10 Jahren nach ihrer Annahme soll für unsere Landesverteidigung nur noch die Hälfte des Budgets von 1987 zur Verfügung stehen.

Einen Drittel der so eingesparten Mittel möchten die Initianten für zusätzliche internationale Friedenspolitik einsetzen.

Mit einem Konversionsfonds von einer Milliarde Franken soll zudem der durch die Initiative verursachte Arbeitsplatzabbau abgedeckt werden.



## Die Umverteilungsinitiative



Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:  
Art. 26 (neu)

<sup>1</sup>Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

<sup>2</sup>Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind.

<sup>3</sup>Ein Drittel der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit).

<sup>4</sup>Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund öffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken.

Dieses Anliegen scheint auf den ersten Blick verlockend.

Die Initiative spiegelt uns aber etwas vor, das nicht ist.

Diese Tatsache beunruhigt mich nicht nur als Departementschef, sondern auch und vor allem als Bürger.

Ich möchte Ihnen in den nächsten Minuten erklären weshalb.





Sicherheit ist ein kostbares Gut.

Sicherheit ist die Grundlage für stabile Verhältnisse.

Ohne Sicherheit kann sich das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben nicht entfalten.

Sicherheit ist die Grundlage von Wohlstand.

Sicherheit garantiert Unabhängigkeit.

Sicherheit schafft Zukunftsperspektiven.

Die Sicherheit war deshalb auch die erste und wichtigste Aufgabe, welche die Bürgerinnen und Bürger der modernen Eidgenossenschaft dem Staat übertrugen.

Wenn es im demokratischen Staat eine Kernaufgabe gibt, dann ist dies die Gewährung von Sicherheit.

Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik ist die Grundlage dazu.



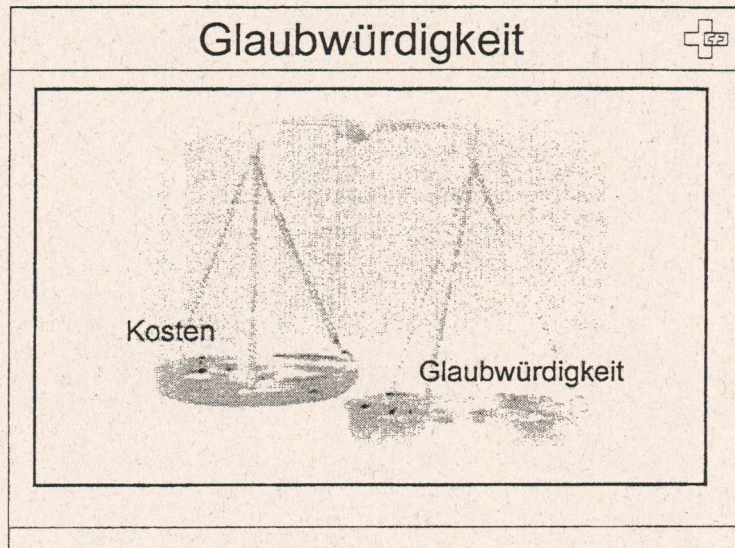


Dieses Prinzip wurde in unserem Land immer hoch gehalten. Die Landesverteidigung und die Armee haben diese zentrale Staatsaufgabe zu erfüllen. Das ist auch heute so. Die drei Aufträge der Armee dienen alle diesem Ziel:

- das Leisten eines Beitrages zur internationalen Friedensunterstützung und Krisenbewältigung
- die Sicherstellung von Verteidigung und Schutz bei einer direkten militärischen Bedrohung
- die Unterstützung bei der Verhütung und Bewältigung existenzieller Gefahren

Unsere Armee leistet diese Aufträge täglich. Unsere Armee basiert auf dem Milizprinzip. Sie ist in unseren demokratischen Strukturen eingebettet und untersteht der politischen und zivilen Kontrolle.





Sicherheit hat aber auf der anderen Seite auch ihren Preis. Wir müssen den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger glaubwürdig und effizient umsetzen.

An der Effizienz der Landesverteidigung wurde in den letzten Jahren viel gearbeitet. Mit den eingeleiteten Reformen hin zur Armee XXI wird dieser Weg konsequent weitergeführt.

Es gibt zahlreiche Gründe, um die Initiative abzulehnen:

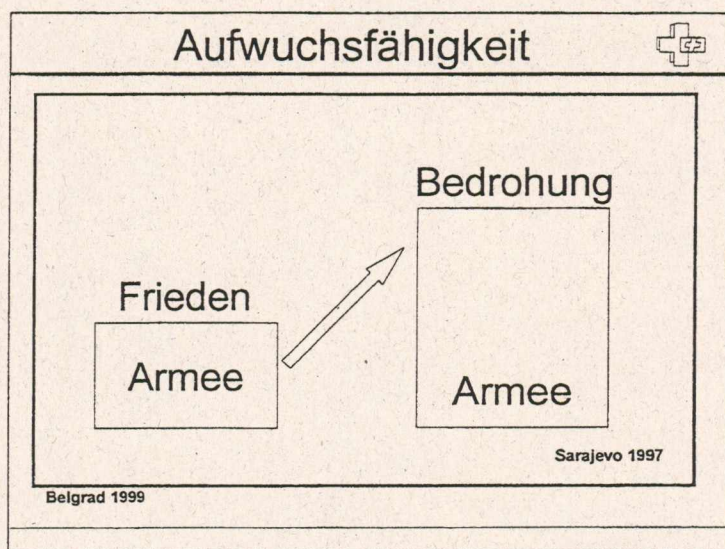




Erstens: Die Initiative unterschätzt die mittel- und langfristigen Gefahren. Die direkte militärische Bedrohung hat zwar seit dem Mauerfall 1989 abgenommen. Aber auch die heutige Welt bringt Gefahren und Risiken für unsere Sicherheit. Und die weitere Zukunft kann niemand zuverlässig voraussehen. Die Bedrohungslage hat sich lediglich verändert. Bewaffnete Konflikte und besondere Lagen für die innere Sicherheit können auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Wer hätte gedacht, dass der Krieg noch vor dem Jahr 2000 auf unseren Kontinent zurückkehrt? Auf dem Balkan, wenige Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges. Und nur eineinhalb Flugstunden von der Schweiz entfernt. Tatsache ist, dass viele Konfliktgebiete heute näher liegen als unsere Ferienzeile.

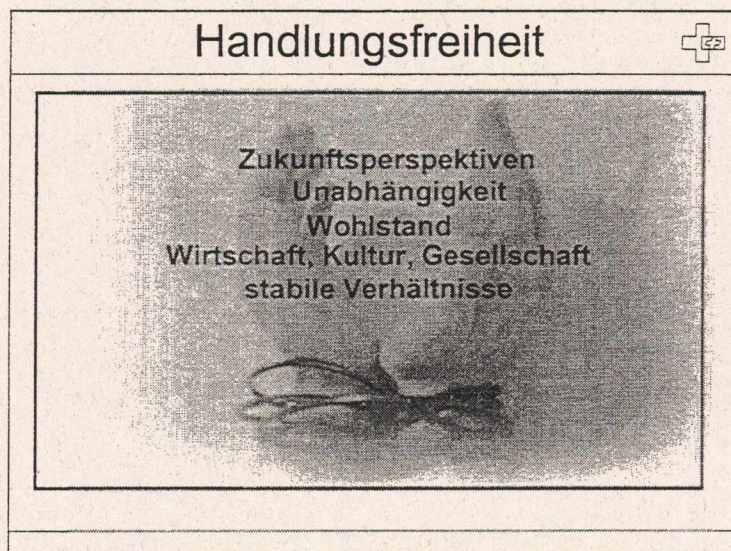




Für die künftigen Bedrohungen müssen wir uns mit der notwendigen Flexibilität wappnen. Die Grösse der Armee wird abnehmen. Bei ungünstigen Entwicklungen müssen wir aber die Verteidigungsbereitschaft rasch erhöhen können. Und wir dürfen die Rüstungsentwicklung nicht verschlafen, sondern müssen ein Technologieniveau im europäischen Mittelfeld halten.

Mit der Annahme der Umverteilungsinitiative sind wir dazu nicht mehr in der Lage, weil uns die entsprechenden Mittel fehlen. Damit verlieren wir bei unseren Bürgerinnen und Bürgern und im Ausland an Glaubwürdigkeit. Die Schweiz darf nicht zu einem wehrlosen Non-Valeur werden.



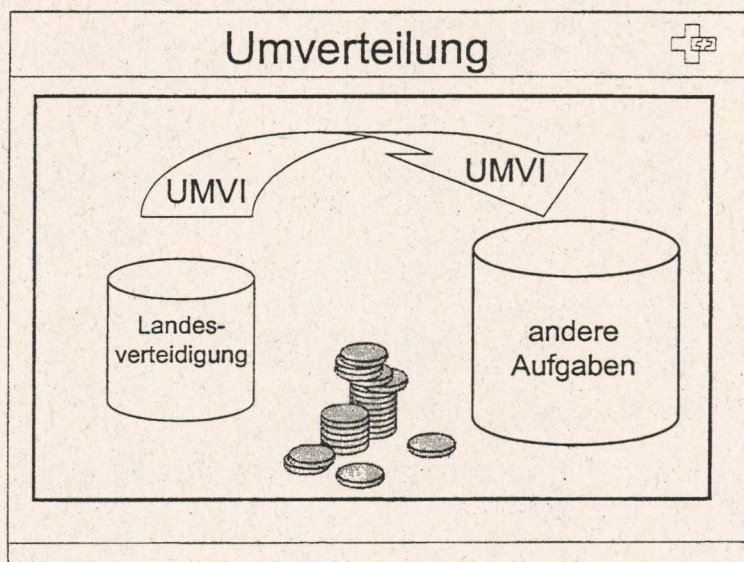


Zweitens: Die Initiative weist einen fatalen Konstruktionsfehler auf. Sie will einen fixen Betrag für die Landesverteidigung in die Verfassung schreiben. Das gibt es in keinem anderen Land der Welt.

Im Fall einer Krise sind uns damit die Hände gebunden. Die Handlungsfreiheit ist weg. Parlament und Bundesrat müssen in besonderen Situationen auch in den nächsten zehn Jahren agieren und reagieren können.

Zudem besteht für keine andere Aufgabe des Staates eine solch starre Beschränkung. Sie macht finanzpolitisch keinen Sinn. Wenn es um die Sicherheit von Land und Bevölkerung geht, ist eine solche Limitierung geradezu fahrlässig.



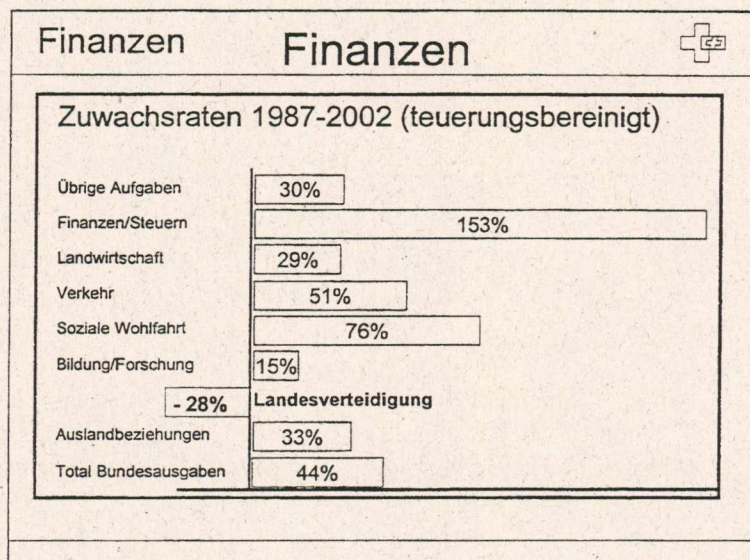


Drittens: Die Initiative will umverteilen. Ihr Name sagt es. Was bei der Landesverteidigung eingespart wird, fließt in andere staatliche Aufgabenbereiche.

Damit ist für den Bundeshaushalt gar nichts gewonnen. Wir lassen uns auf ein finanzpolitisch wirkungsloses Nullsummenspiel ein. Ein Nullsummenspiel mit gravierenden sicherheitspolitischen Folgen.

Ich gebe zu: theoretisch könnte das Parlament einen Teil der eingesparten Mittel zur Reduktion des Bundesdefizits verwenden. Ich zweifle aber daran, dass dies wirklich geschehen würde. Vielmehr wäre mit neuen Begehrlichkeiten zu rechnen.



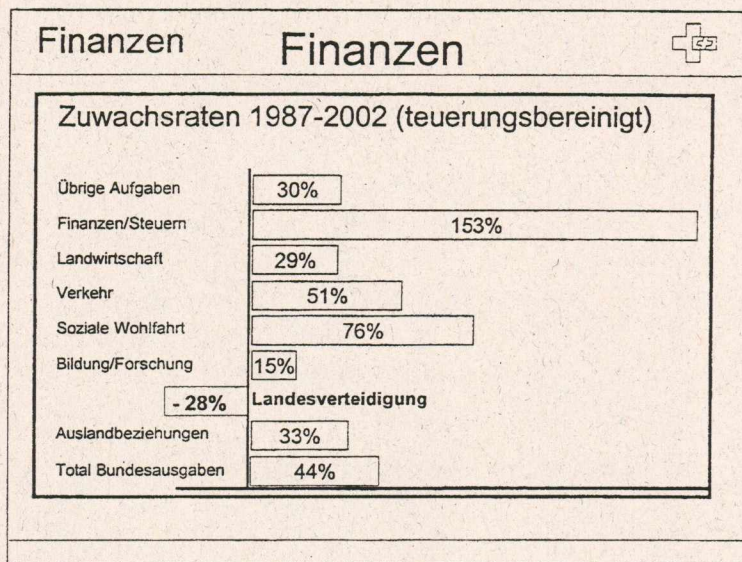


Viertens: Bei der Landesverteidigung wurde auch ohne Umverteilungsinitiative massiv gespart.

Von 1991 bis ins Jahr 2001 wird die Armee — verglichen mit den ursprünglichen Finanzplänen — einen Beitrag von 9 Milliarden Franken an die Sanierung des Bundeshaushaltes geleistet haben.

In keinem anderen Aufgabenbereich des Bundes wurde mehr gespart. Und nur bei der Landesverteidigung sind die Ausgaben zurückgegangen.





2002 wird gegenüber 1987, dem Referenzjahr der Initiative, bereits real 28 Prozent weniger für die Landesverteidigung ausgegeben.

Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Landesverteidigung am Bundeshaushalt von 20 auf unter 10 Prozent halbiert. Und der Anteil am Bruttoinlandprodukt ist von 1.9 auf 1.2 Prozent gesunken.

Diese Leistungen wurden mit gezielten Reformen und differenzierten Massnahmen möglich. Ohne den Auftrag der Armee zu gefährden.

Die pauschale Zielvorgabe der Initiative erfüllt diesen Anspruch nicht. Sie lässt eine zentrale Staatsaufgabe einfach austrocknen.



Friedensförderung	
Gelbmützen	Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik
Swisscoy	Genfer Internationales Zentrum für Humanitäre Minenräumung
Militärbeobachter	Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte
Partnerschaft für den Frieden	Humanitäre Hilfe
Wahlbeobachter	Entwicklungszusammenarbeit

Fünftens: Im Bereich der Friedensförderung rennt die Initiative offene Türen ein. Warum?


Die Schweiz hat ihr Engagement zur Sicherung und Stabilisierung des internationalen Friedens in den letzten Jahren stark ausgebaut. Ich denke hier z. B. an

- unsere Gelbmützen in Bosnien-Herzegowina und
- an unsere Kompanie im Kosovo
- an die Unterstützung von Missionen der UNO und der OSZE und
- an den Einsatz von Militärbeobachtern.

Ich denke aber auch an unsere drei Genfer Zentren

- für Sicherheitspolitik,
- für humanitäre Minenräumung und
- für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte.



Friedensförderung 	
Gelbmützen	Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik
Swisscoy	Genfer Internationales Zentrum für Humanitäre Minenräumung
Militärbeobachter	Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte
Partnerschaft für den Frieden	Humanitäre Hilfe
Wahlbeobachter	Entwicklungszusammenarbeit

In die gleiche Richtung zielen aber auch

- unsere Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden,
- unser Engagement in der Abrüstung und
- die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit.

Alle diese Aktivitäten werden mit militärischen und zivilen Mitteln weiter ausgebaut. Ganz im Sinne der neuen sicherheitspolitischen Strategie „Sicherheit durch Kooperation“.



## Armeereform XXI

 Friedensunterstützung  Verteidigung  Existenzsicherung	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Umsetzung Aufträge SIPOL B 2000</li> <li>◆ Milizarmee</li> <li>◆ Kantone tragen Mitverantwortung</li> <li>◆ aktiver Bestand zwischen 100'000 und 120'000 Armeeangehörigen</li> <li>◆ modularer Aufbau</li> <li>◆ Erhöhung Ausbildungsniveau</li> </ul>
--	---

Sechstens: Die Initiative stellt die eingeleiteten Reformen der Armee in Frage.

Die Armeereform XXI hält an einem umfassenden Auftrag der Armee fest. Die Instrumente werden effizienter gestaltet und auf die neue Bedrohungslage ausgerichtet.

Wir versuchen in diesem Reformprozess möglichst vielen berechtigten Bedürfnissen und Anliegen aus der Bevölkerung und der Wirtschaft gerecht zu werden. Gleichzeitig sind wir bemüht, die Kosten möglichst tief zu halten.



Armeereform XXI	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Umsetzung Aufträge SIPOL B 2000</li> <li>◆ Milizarmee</li> <li>◆ Kantone tragen Mitverantwortung</li> <li>◆ aktiver Bestand zwischen 100'000 und 120'000 Armeeangehörigen</li> <li>◆ modularer Aufbau</li> <li>◆ Erhöhung Ausbildungsniveau</li> </ul>

Bei einer Annahme der Initiative könnten verschiedene Aufgaben der Armee nicht mehr erfüllt werden. Betroffen wären insbesondere der Verteidigungsauftrag und die Existenzsicherung, also auch die unterstützenden Leistungen für die Allgemeinheit. Die Technologie ist ein zentraler Erfolgsfaktor für moderne Armeen. Sie dient auch dazu, die Verluste zu minimieren. Und sie kostet halt auch etwas.

Etwas möchte ich mit Nachdruck unterstreichen: Eine verstärkte Kooperation macht eigene Anstrengungen nicht überflüssig. Wir dürfen unsere Fähigkeit zur Selbstbehauptung nicht aufgeben. Das wäre ein kapitaler Fehler und würde allen Prinzipien unseres Staates zuwider laufen.



## Armeereform XXI

  	<ul style="list-style-type: none"> <li>◆ Umsetzung Aufträge SIPOL B 2000</li> <li>◆ Milizarmee</li> <li>◆ Kantone tragen Mitverantwortung</li> <li>◆ aktiver Bestand zwischen 100'000 und 120'000 Armeeangehörigen</li> <li>◆ modularer Aufbau</li> <li>◆ Erhöhung Ausbildungsniveau</li> </ul>
---	---

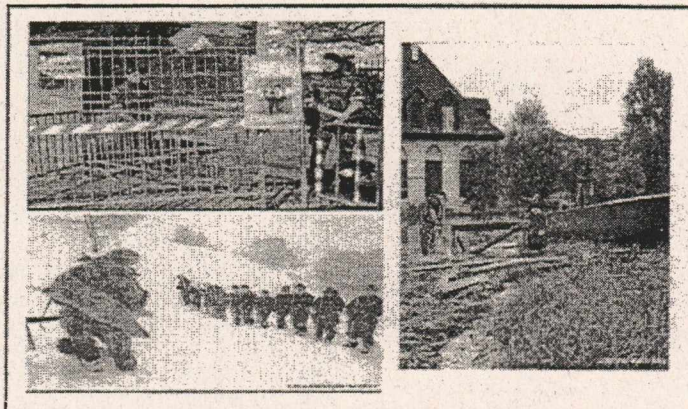
Lassen Sie mich an dieser Stelle unterstreichen: Die Armee XXI ist kein Gegenvorschlag zur Umverteilungsinitiative. Sie ist Teil unserer umfassenden Sicherheitspolitik und somit in ein grösseres Ganzes eingebunden.

Trotzdem werden mit Armee XXI auch Ziele der Initiative verwirklicht. Ich denke z. B. an die Bestandesreduktion, an den Rückgang von militärischen Verwaltungsstellen und an den weiteren Ausbau der Friedensunterstützung.

Was wir machen müssen, machen wir schon heute. Auch ohne UMVI.



## Einsätze in der Schweiz



Siebtens: Die Initiative stellt die Unterstützung der zivilen Behörden in besonderen Situationen in Frage.

Diese Aufgabe von Zivilschutz und Armee war in den letzten Jahren wichtiger denn je. Denken Sie nur an den Lawinenwinter und die Überschwemmungen im letzten Jahr.

Während Wochen standen Soldaten und Zivilschützer im Einsatz. Auch nach dem Sturm „Lothar“ wurde die Armee wieder zu Hilfe gerufen — und sie kam. Ohne wenn und aber.



## Einsätze in der Schweiz



Die Frage der inneren Sicherheit hat die zivilen Behörden in den vergangenen Jahren immer wieder vor schwierige Herausforderungen gestellt.

Unterstützende Sicherheitsleistungen der Armee wurden in grossem Ausmass angefordert.

Die Armee hat die Sicherungseinsätze bei der Bewachung von Botschaften oder am Weltwirtschaftsgipfel in Davos nicht gesucht. Die Kantone haben die Armee zur Unterstützung gerufen. Und sie war da.





Achtens: Die Initiative gefährdet Arbeitsplätze. Warum?

Die Landesverteidigung bietet mehreren Tausend Menschen Arbeitsplätze. Nicht nur in der Rüstung und in der Verwaltung. Auch in angrenzenden Bereichen.

Mit der Privatisierung der Rüstungsbetriebe haben Bundesrat und Parlament dafür gesorgt, dass sich die schweizerische Rüstungsindustrie schrittweise und kontrolliert den neuen Gegebenheiten anpassen kann. Die Ertragsentwicklung der RUAG zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Das VBS hat bereits über 7'500 Arbeitsplätze abgebaut, wenn wir die Privatisierung der Rüstungsbetriebe einschliessen. Sozialverträglich und mit einer minimalen Zahl von Entlassungen.



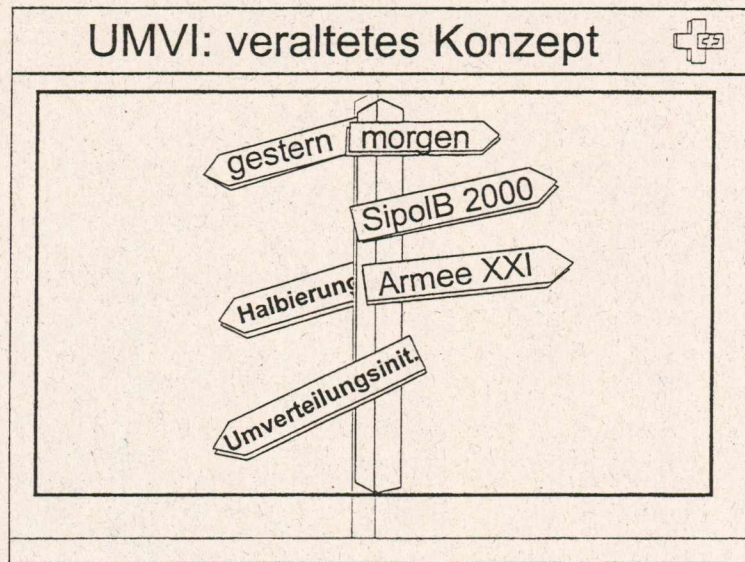


Die Landesverteidigung entfaltet aber auch einen zusätzlichen direkten und indirekten Nutzen. Er ist kaum zu beziffern: im Gewerbe, in den Randregionen, im Zulieferbereich.

Die Armee hat damit auch eine staatspolitische Funktion. Diese darf nicht unterschätzt werden.

Tausende von Arbeitsplätzen sind durch die Initiative auch in diesen angrenzenden Bereichen gefährdet. Wer übernimmt dafür die Verantwortung?

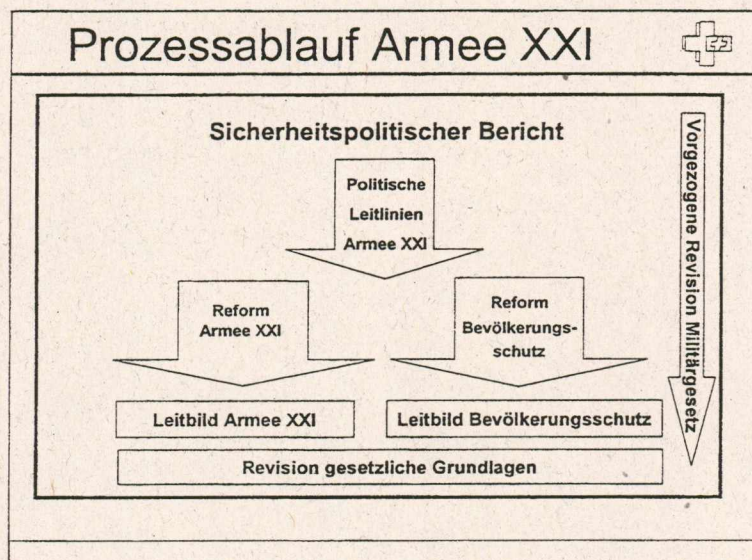




Neuntens: Die Initiative ist rückwärts gewandt. Sie wurde lanciert, bevor die Konturen unserer neuen Sicherheitspolitik, die Umriss der Armee XXI, der ganze Umfang unserer Sparbemühungen bekannt waren. Das spricht nicht gegen die Initianten, sehr wohl aber gegen die Initiative. Sie ist überholt.

Wir schauen vorwärts. Denn wir wollen die Zukunft gestalten. Wir wollen uns auf die Herausforderungen von heute und morgen ausrichten. So wie dies andere Staaten auch tun. Nur so bleiben wir glaubwürdig. Die Initiative passt da nicht rein.





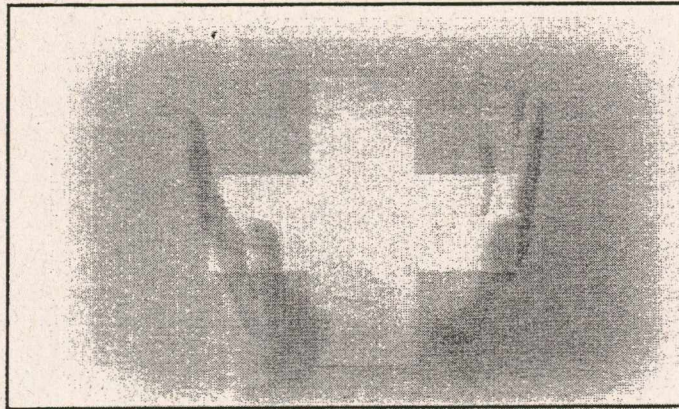
Ich komme zum Schluss: Die Initianten haben mit ihrem Begehren die öffentliche Diskussion zur Sicherheitspolitik unseres Landes mitgeprägt.

Die Bevölkerung soll regelmässig die Möglichkeit haben, über politische Kernfragen zu diskutieren. So gesehen hat die Initiative auch Verdienste. Das VBS und die Armee stellen sich der Diskussion. Und zwar nicht erst, seit die Umverteilungsinitiative auf dem Tisch liegt.

Die grossen Reformprojekte rund um die Armee XXI kommen in eine wichtige Phase. Die politischen Leitlinien sind verabschiedet. Das neue Armeeleitbild ist in Vorbereitung. Es soll Anfang nächstes Jahr in die Vernehmlassung gehen. Die Meinung der Bürgerinnen und Bürger ist von grosser Bedeutung. Es ist wichtig, dass das Vorhaben von Volk und Parlament mit Überzeugung getragen wird.



## Glaubwürdige Sicherheitspolitik



Letztlich geht es immer nur um eines: Um unsere Sicherheit. Um die Sicherheit von Menschen und um die Sicherheit des Landes.

Und damit geht es auch um eine glaubwürdige Sicherheitspolitik. Und um die Glaubwürdigkeit der Schweiz als souveräner Staat.

An diesen Grundsatzfragen ist auch die Umverteilungsinitiative zu messen.